

Grundwasser: Südumgehung fraglich

Stadtverordnetenversammlung Nach Bekanntgabe neuer Untersuchungen: FDP-Fraktion fordert Prüfung der Variante 3

Von unserem Mitarbeiter
Dieter Fluck

■ **Limburg.** Die Mitteilung von Bürgermeister Martin Richard in der Stadtverordnetenversammlung, wonach sich die hydrogeologischen Untersuchungen des hohen Grundwasserstandes auf der Trasse Variante 1 einer geplanten Limburger Südumgehung zeitlich verzögert, verschafft der FDP Oberwasser. Sie sieht wieder Chancen für die von ihr favorisierte Variante 3 einer weiträumigen Umgehung in Richtung des Mensfelder Kopfes und hat für die Stadtverordnetenversammlung am 14. März einen entsprechenden Untersuchungsantrag gestellt. Die Liberalen nehmen die

Mitteilung des Bürgermeisters auf, wonach die Grundwasserproblematik zu einer erheblichen Verteuerung der Variante 1 führen könnte. Entgegen des mehrheitlichen politischen Willens könnte damit die sogenannte Alttrasse zum Zuge kommen.

„Nachdem die Politik diese Trasse über Jahrzehnte verschlafen hat, ist dies keine Umgehungsstraße mehr, sondern eine Stadtautobahn“, sagte die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt. „Hierfür fast 50 Millionen Euro auszugeben, halten wir für verantwortungslos.“ Schardt erinnert daran, dass am Anfang des Planungsverfahrens drei Varianten zur Untersuchung anstanden. In

den weiteren Terminen sei die Variante 3, die ortsferne Variante, nicht weiter geprüft worden. Dies halte die FDP für rechtlich fatal.

Denn: In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts werde sehr deutlich aufgezeigt, „dass eine sorgfältige und fehlerfreie Abwägung vor einer Trassenentscheidung die vertiefende Untersuchung aller in Betracht kommender Varianten verlangt“. Nur so könne der Nachweis geführt werden, dass für eine Verkehrsbelastung die geringstmögliche Belastung von Natur und Mensch und unter

sichtspunkten die beste Variante gewählt worden sei.

Die Notwendigkeit einer sorgfältigen Untersuchung aller Varianten ergibt sich laut Schardt jetzt auch noch aus dem Umstand, dass erste Bohrungen bei der Variante 2 (Alttrasse) ergeben hätten, dass auch dort mit Grundwasserproblemen zu rechnen sei. Dagegen sei die räumlich entfernte Variante 3 – geradezu fahrlässig – nur oberflächlich untersucht worden. Es sei einfach unterstellt worden, dass kein Anschluss der Umgehung an die A 3 möglich sei. Andererseits würde die Möglichkeit

einer Auffahrt zur Autobahn eine erhebliche Entlastung für Linter bringen und außerdem ein attraktives Angebot für den ganzen Rhein-Lahn-Bereich bedeuten.

Auch der Biotopschutz sei mit der Variante 3 noch nicht ausreichend untersucht worden, so Schardt. Die FDP beantrage daher die Untersuchung eines so genannten Netzfalles; also den unterstellten Fall, wonach es einen Anschluss an die A 3 gäbe. Eine solche Untersuchung koste gerade mal 4500 Euro und damit einen Bruchteil der hydrogeologischen Untersuchungen. „Es wäre fatal, wenn die derzeitige Phase der Untätigkeit nicht sinnvoll genutzt würde“, sagt Schardt.

„Dies ist keine Umgehung mehr, sondern eine Autobahn“

Marion Schardt, Vorsitzende der FDP-Fraktion